

Der „Vater des Volksbegehrens“

# Ein Michael Koolhaas der Startbahn

Nach dem Flughafen-Ultimatum droht Alexander Schubart der Prozeß

27. November 1981, 7:00 Uhr

Von Michael Schwelien

Frankfurt, im November

Zwei, drei Freunde aus der Bürgerinitiative gegen die Startbahn 18 West bewachen ständig das Haus von Alexander Schubart. Wenn er mit dem Auto fährt, dann wird er begleitet. Seit jenem Sonntag, als die Startbahngegner den [Frankfurter Flughafen](http://www.zeit.de/thema/frankfurter-flughafen) [http://www.zeit.de/thema/frankfurter-flughafen] blockierten, erhält „Aschu“ – wie ihn seine Freunde mit einem zärtlichen Unterton nennen – „waschkorbweise“ Solidaritätsbriefe und zustimmende Anrufe. Doch unter die Schreiber und Anrufer mischen sich auch etliche, die dem suspendierten Magistratsdirektor übel wollen: „Die wollen mich in die Luft Sprengen; einer sagte, man hätte vergessen, mich zu vergasen.“

Zustimmungen und Drohungen lassen Alexander Schubart nicht unberührt. In seinem Mienenspiel wechseln Euphorie und Angst. Während unseres Gesprächs ist „Wachablösung“. Ein alter Bekannter Schubarts, ein Frankfurter Hochschullehrer, soll über Nacht im Hause bleiben. „Mensch Aschu“, sagt er, „du bist der erste und einzige von uns, der den Weg Gandhis und Martin Luther Kings gegangen ist. Gewaltloser Widerstand – das heißt heute, du gehst für deine Überzeugung in den Knast.“ Schubart wehrt entsetzt ab: „Das hast du ganz falsch verstanden.“

Die Erinnerung an Gandhi und King hatte er zwar tags zuvor selber wachgerufen – in einer Pressekonferenz. Doch so konsequent, wie sein Freund wollte er die Parallele nicht ziehen.

Dabei hatte der so unrecht nicht. Ein Jahr bis zehn Jahre Haft ist das Strafmaß für die „Nötigung eines Verfassungsorgans“, derentwegen Generalbundesanwalt Rebmann jetzt gegen Schubart ermittelt. Die Beweise gegen ihn wiegen schwer. Und Justizminister Schmude hat die Anwendung dieser harten juristischen Waffe – Präzedenzfälle sind die Entführungen des Arbeitgeberpräsidenten Schleyer und des Politikers Lorenz – inzwischen ausdrücklich gebilligt; in diesem Fall gebe es „kein Ermessen“.

Hatte Schubart, der zwar Wortführer der Bewegung sein will, ungern aber als ihr Anführer ins Gefängnis gehen möchte, nicht die Konsequenzen bedacht, als er zur Blockade des Flughafens aufrief? Immerhin ist er Amtsjurist – und, wie seine Frankfurter Dienstherrn trotz aller Konflikte in der Vergangenheit immer wieder betonten, kein schlechter.

Bedacht war Alexander Schubart in der Wahl seiner Worte noch nie – auch nicht sehr zimperlich. Ein Beispiel: Auf einem Kongreß, Pfingsten 1976, bezeichnete er die [SPD](http://www.zeit.de/thema/spd) [http://www.zeit.de/thema/spd] als „den Hauptträger der Repression“, eine Formulierung, die selbst seine Mitstreiter „im Kampf gegen die Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei, Zensur und Bespitzelung“ – so seine damalige Rede – stutzig machte, stutzig, weil sie die [CDU](http://www.zeit.de/thema/cdu) [http://www.zeit.de/thema/cdu]/[CSU](http://www.zeit.de/thema/csu) [http://www.zeit.de/thema/csu] für die repressiveren Parteien hielten, stutzig aber auch, weil „Aschu“ doch selber Mitglied der SPD war.

In jener Zeit rief er – der Beamte im Staatsdienst – auch zu einer öffentlichen Versammlung gegen die „verfassungsfeindlichen Berufsverbote“ auf.

Beide Vorwürfe blieben ohne große Folgen: Der Aufforderung der SPD, freiwillig aus der Partei auszutreten, kam er nicht nach. Er wollte sich – wenn schon, denn schon – lieber hinauswerfen lassen. Und die Mißbilligung, die der damalige hessische Innenminister [Bielefeld](http://www.zeit.de/thema/bielefeld) [http://www.zeit.de/thema/bielefeld] Schubart erteilte, wurde von seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem damaligen Frankfurter Oberbürgermeister Arndt, nie ausgesprochen.

Damals saß die Wiesbadener SPD/FDP-Koalition fest im Sattel, in Frankfurt regierte die SPD allein, und der Streit um den Radikalenerlaß beschäftigte vorwiegend die Intellektuellen.

Heute sind die Verhältnisse anders: CDU-Bürgermeister Wallmann verbietet in Frankfurt eine *Demonstration* nach der anderen; der Koalition. in [Hessen](http://www.zeit.de/thema/hessen) [http://www.zeit.de/thema/hessen] gibt niemand mehr eine Chance, die nächste Wahl zu überstehen; die SPD des Landes blutet aus, weil ihre Mitglieder scharenweise zu den Startbahngegnern überlaufen. Und es geht um sehr viel mehr, es geht wirklich – darin sind sich Startbahngegner und Startbahnbefürworter einig – um die Frage, ob technische Großprojekte politisch noch durchsetzbar sind. *Kein* Wunder also, daß in *einem* Konflikt, der die Grundfragen der repräsentativen Demokratie so *sehr* berührt, Schubarts Worte anders gewichtet werden als vor fünf Jahren. Der heute Fünfzigjährige freilich hat *immer noch* nicht gelernt, sie zu wägen.

Er droht mit einem „ökologischen Bürgerkrieg“. Erst nachdem das ominöse Wort, das viele junge Leute dazu verführt, Gewalt als legitimes Mittel im Kampf gegen die Startbahn anzusehen, die Runde gemacht hat, nimmt er es wieder zurück: „Nicht von uns geht der ökologische Bürgerkrieg aus, sondern von der Landesregierung – die hat die größte Polizeiarmada in der Geschichte Hessens in den Wald geschickt.“

Er erwähnt den „ökologischen Holocaust“. Ob es angesichts eines „Holocausts“ denn wirklich ein Verbrechen sei, wenn ein paar Jugendliche abends die „Bullen mal so richtig aufmischen“, fragt sein Bewacher, um dann wieder alles zu korrigieren: „Ich meine natürlich nicht die Vernichtung von Menschen, sondern die Zerstörung des Biotops.“

Er ruft 100 000 Demonstranten in [Wiesbaden](http://www.zeit.de/thema/wiesbaden) [http://www.zeit.de/thema/wiesbaden] zur „Blockade“ des Flughafens auf, sagt, sie sollten ihn einmal „inspizieren, um zu sehen, ob er

wirklich zu klein ist“. Eine „Besetzung des Terminals“ will er allerdings nicht gemeint haben: „Das halte ich für reines Abenteuerertum.“

Anwesend war er allerdings auch nicht, an jenem Sonntag, als einige tausend Demonstranten über die Autobahn zum Empfangsgebäude marschierten und dort an eine ebenso nervös wie hart reagierende Polizei gerieten. „Ich hatte einfach das dringende Bedürfnis nach Ruhe.“ Eine Telegrammbotin soll jedenfalls bezeugen, daß er wirklich zu Hause und nicht am Flughafen war, als dort das „erwartete große Rambazamba lief“.

Schubart, der wie sein Gegenspieler [Holger Börner](http://www.zeit.de/thema/holger-boerner) [http://www.zeit.de/thema/holger-boerner] einmal als Maurergeselle angefangen hat, auf der Abendschule Abitur machte, dann Jura studierte und seine erste Stelle als wissenschaftlicher Assistent bei der SPD-Bundestagsfraktion erhielt, gilt auch als „Vater des Volksbegehrens“. Nicht nur seine Freunde halten den von ihm geschriebenen Gesetzentwurf für eine juristische Meisterleistung. Aber: Der von ihm mit dem Volksbegehren versuchte legalistische Weg war unter den Startbahngegnern immer umstritten. Viele von ihnen glaubten, nur der „gewaltfreie, aber aktive Widerstand im Wald“ könne die Startbahn verhindern.

Spätestens, als sich die Zusage von Innenminister Gries, er werde sich für einen Baustopp einsetzen, als Chuzpe erwies, geriet Schubart mit seinem Volksbegehren ins Hintertreffen. In einer emotionsgeladenen Sitzung der Bürgerinitiative kurz vor der Wiesbadener Demonstration forderten militantere Startbahngegner immer wieder – gegen seinen Willen, wie er sagt –, „das Terminal und das Flughafengelände von allen Seiten zu besetzen“. Tags darauf beschloß eine Delegiertenversammlung der Bürgerinitiative – „auch wieder gegen meinen Willen“ – die ultimative Forderung: entweder Baustopp 24 Stunden nach Übergabe der Unterschriften oder Blockade des Flughafens.

Warum ist Schubart, wenn doch alles gegen seinen Willen lief, nach diesem Beschluß nicht ausgestiegen? „Ich wollte das Ganze kanalisieren, nicht eskalieren“, sagt er, fügt dann aber hinzu, daß eine solche Situation „eigentlich“ nicht zu steuern sei: „Das hat seine eigene Dynamik.“ Also tut er das denkbar Schlechteste und verkündet einen Beschluß, den er nicht für richtig hält – und kneift dann.

Voller Widersprüche war Schubart schon immer: „Als Privatmann“ unterstützte er bereits 1973 die Hausbesetzer in Frankfurt, als Beamter („das kann ich trennen“) vertrat er die Belange der Stadt – ausgerechnet in Prozessen wegen ihrer Bauvorhaben. Als SPD-Mitglied schrieb er seinerzeit an einem Alternativentwurf zum „Orientierungsrahmen '80“ der Partei mit. Als „heimatloser Linker“, wie er sich schon damals nannte, glaubte er aber auch, der Orientierungsrahmen sei „reine Makulatur – noch vor seiner Veröffentlichung“. Aus der SPD trat er erst aus, als er 1978 Spitzenkandidat für die [Grüne](http://www.zeit.de/thema/gruene) [http://www.zeit.de/thema/gruene] Liste Hessen wurde. Doch der neuen Partei trat er nie bei.

Ein Gandhi wäre da wohl gradliniger gewesen. Und ein Gandhi hätte bestimmt nicht zur Blockade des Flughafens aufgerufen, ohne selber hinzugehen. Eher hält der Vergleich mit Michael Kohlhaas, jenem Kaufmann, den Heinrich von Kleist in seiner gleichnamigen Erzählung

als „einen der rechtschaffensten und zugleich entsetzlichsten Menschen seiner Zeit“ bezeichnete. So wie Kohlhaas auf der Suche nach Gerechtigkeit selber Unrecht beging, so radikalisiert sich auch Schubart“ angesichts einer Landesregierung, die Tag für Tag Fakten schafft, indem sie den Wald weiter roden läßt, und die nun auch noch das Volksbegehren vom Tisch gewischt hat.